

# SPD verteidigt Bundeswehreinsatz

Sprecher der Bundestagsfraktion sprechen von moralischer Verpflichtung

Marburg (tba). Seit sieben Jahren sind Soldaten der deutschen Bundeswehr in Afghanistan im Einsatz. Wie geht es weiter am Hindukusch? Mit dieser Frage haben sich hochrangige Politiker der SPD in einer Podiumsdiskussion in Marburg beschäftigt.

Auf Einladung des Marburger Bundestagsabgeordneten Sören Bartol saßen Sascha Raabe, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und Rainer Arnold, verteidigungspolitischen Sprecher, auf dem Podium. Rund 50 Zuhörer verfolgten im Technologie- und Tagungszentrum erst den Vortrag Arnolds zur militärischen Lage, bevor Raabe Auskunft über den Stand des Wiederaufbaus in Afghanistan gab. Arnold erinnerte zunächst daran, dass die Terroranschläge von New York am 11. September 2001 der Auslöser des Bundeswehreinsatzes waren (In die Planung der Anschläge waren nach Ansicht internationaler Experten islamistische Kreise in Afghanistan verwickelt). Er bezeichnete den Wiederaufbau Afghanistans als eine „moralische Verpflichtung“, die sich aber auch aus dem deutschen Interesse ergebe, international Verantwortung zu übernehmen. Von



Die Bundestagsabgeordneten der SPD Sascha Raabe, Sören Bartol und Rainer Arnold (v.l.) diskutieren den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr. (Foto: Bathge)

400 afghanischen Distrikten seien etwa 40 Prozent unter Kontrolle der islamistischen Taliban, weitere 150 seien hart umkämpft: „Die Taliban bekämpfen den Fortschritt im Land“, sagte Arnold.

Die nächsten drei Jahre seien für den weiteren Weg des Landes entscheidend. Vor allem müsste die Ausbildung der afghanischen Polizei und Armee in dieser Zeit vorankommen, damit diese die Verantwortung für die Sicherheit im Land übernehmen könnten, so Arnold weiter.

Auch Raabe verteidigte den deutschen Militäreinsatz in Af-

ghanistan: „Wir dürfen die Menschen dort nicht im Stich lassen!“ Sonst würden die inzwischen aufgebauten Schulen, Fabriken und Straßen wieder zerstört. Es gebe große Fortschritte in der Wasser- und Gesundheitsversorgung und in der Bildungspolitik, die durch einen Abzug der Bundeswehr gefährdet würden.

Aus dem Publikum wurde die Forderung erhoben, auch mit den Taliban Gespräche zu führen. Arnold vertrat hierzu die Auffassung, dass solche Gespräche nicht möglich seien. Nur das Umfeld der Aufständischen sei gesprächsbereit. Der

„harten Kern“ müsse bekämpft werden. Raabe fügte hinzu, dass die deutsche Entwicklungshilfe sich bemühe, den afghanischen Bauern Alternativen zum Opiumanbau zu bieten, mit dessen Hilfe die Taliban ihren Krieg finanzieren.

Kritisch äußerte sich der Afghane Noor Mohammad Ghafury zur Verteilung der Entwicklungsgelder. Er bezeichnete die Regierung des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai als das eigentliche Problem des Landes. Viele Gelder würden im korrupten Umfeld der Regierung versickern.

## ■ Bartol: Einsatz ist kein Krieg

Einige Stimmen aus dem Publikum kritisierten, dass der Einsatz der Bundeswehr nicht als Krieg bezeichnet werde. Ein langjähriges SPD-Mitglied erinnerte an Willi Brandt, der diesen „Kriegsirrinn“ nicht mitgemacht hätte. Bartol stellte zum Abschluss klar, dass die Bezeichnung Krieg völkerrechtlich falsch sei, weil die Bundeswehr nicht gegen Afghanistan kämpfe, sondern auf Einladung der afghanischen Regierung und im Auftrag der Vereinten Nationen den Wiederaufbau unterstütze.

[ Schließen ]

[ Artikel drucken ]